

## **Einstellungen Jugendlicher zur Europäischen Union im Jahr 2006**

**Dr. Barbara Tham**

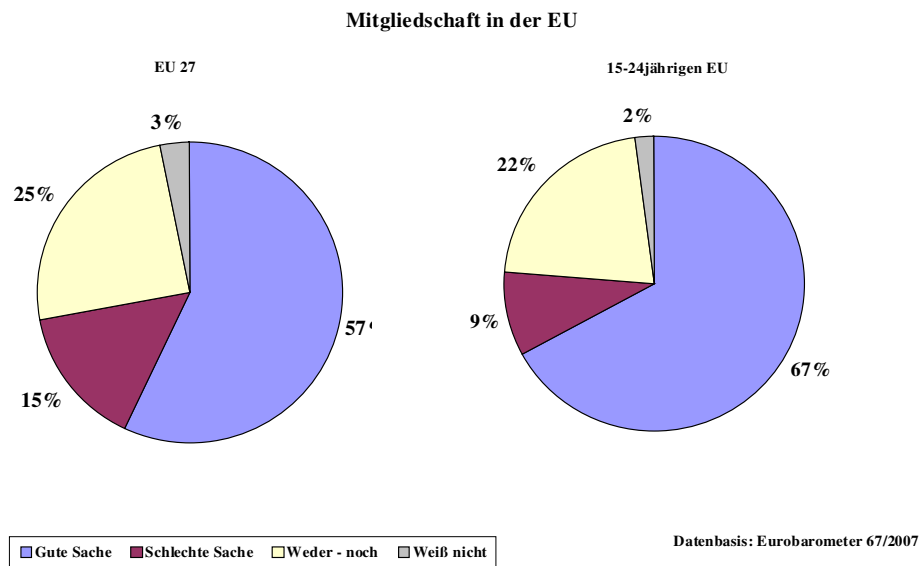
Die Einstellungen der Jugendlichen zur EU sind alles in allem sehr ambivalent. Auf der einen Seite gibt es eine ganz allgemeine und breite Zustimmung zur EU, die nur von einer kleinen Anzahl von Kritikern grundlegend in Frage gestellt wird. Jugendliche sind dabei in der Regel etwas optimistischer eingestellt als die Gesamtbevölkerung. Andererseits fallen bei konkreten Fragestellungen und zu bestimmten Handlungsfeldern die Äußerungen durchaus kritischer und distanzierter aus. Außerdem ist der Anteil derjenigen sehr hoch, der sich bei konkreten Fragen nicht festlegen kann oder will. Ausschlaggebend ist hierfür oft fehlendes Wissen, was die genaue Einschätzung europäischer Politik schwierig macht.

Dies lässt sich an den Einstellungsdaten ablesen, die von der EU halbjährlich in allen Mitgliedstaaten repräsentativ erhoben werden. Die Einstellungsdaten der EU können auf der Homepage von Eurobarometer eingesehen werden: [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm) Im Folgenden soll auf die Ergebnisse der Erhebung vom Frühjahr 2006 näher eingegangen werden, die im Eurobarometer 65 veröffentlicht sind. Das besondere Augenmerk gilt hierbei den Daten der Jugendkohorte, d.h. der 15-24-Jährigen.

**Die Mitgliedschaft des eigenen Landes in der EU** wird von einem Großteil der Jugendlichen als eine gute Sache angesehen. 2007 bewerten 64 % der EU-Jugendlichen und 67 % der jungen Deutschen die Mitgliedschaft in der EU positiv. Im Gegensatz dazu stufen nur 9 % der Jugendlichen diese als schlechte Sache ein. Junge Menschen sind damit positiver gegenüber der EU eingestellt, wie die Gesamtpopulation. Insgesamt sind die Zustimmungswerte in diesem Jahr wieder leicht angestiegen und liegen nunmehr auf dem höchsten Stand seit 1994.

Bedenklich erscheint jedoch der hohe Anteil derjenigen, die sich zur EU nicht eindeutig äußern und die Frage nach der Mitgliedschaft mit einem ‚weder-noch‘ beziehungsweise mit ‚weiß-nicht‘ beantworten. Ein Drittel der EU-Bevölkerung will oder kann sich bei dieser Frage nicht festlegen.

QA11a: Ist allgemein gesehen die Mitgliedschaft Ihres Landes in der EU ihrer Meinung nach eine gute Sache, eine schlechte Sache, weder gut noch schlecht, weiß-nicht



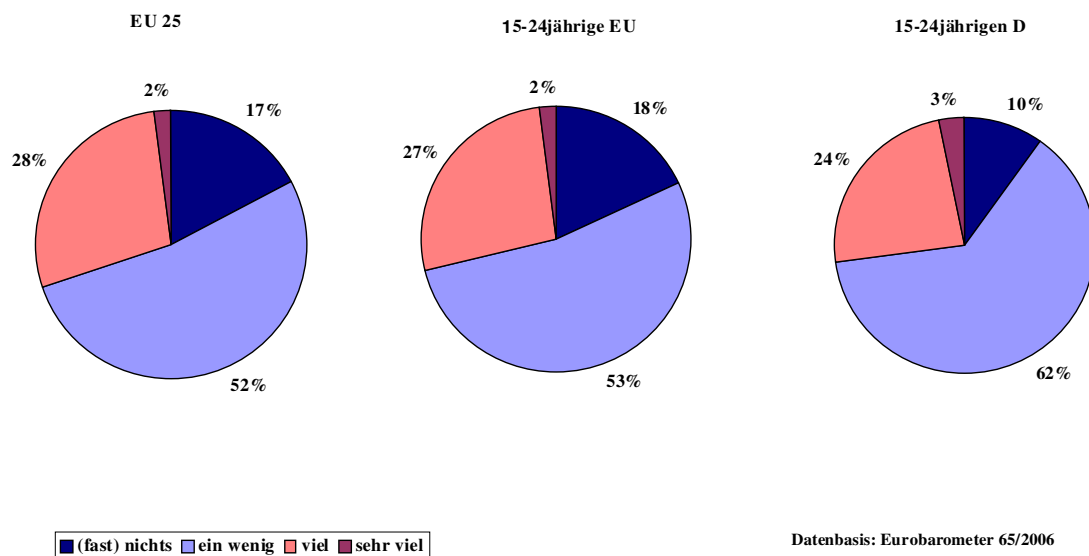
Sowohl im Hinblick auf die geografische Verteilung als auch hinsichtlich der soziodemografischen Charakteristika der Befragten lassen sich deutliche Unterschiede bei den Einstellungen feststellen. So bestehen direkte Korrelationen zwischen der positiven Beurteilung der EU-Mitgliedschaft und den Kriterien männliches Geschlecht, höherer Bildungsstatus, (Groß-)Stadtbewohner, politische Links-Verortung und bessere Informiertheit über EU-Angelegenheiten. Diese Personengruppen schätzen die Mitgliedschaft eher als eine gute Sache ein und äußern sich insgesamt positiver zur EU. Am stärksten ausgeprägt sind diese Zusammenhänge bei der Einschätzung der EU-Mitgliedschaft und den Faktoren ‚erreichtes Bildungsniveau‘ und ‚selbst eingeschätzter Wissensstand zur EU‘. Je höher der allgemeine Wissensstand sowie die Kenntnisse über die EU sind, desto höher fällt auch die Zustimmung zur EU aus und desto geringer ist der Anteil derjenigen, die sich indifferent zu dieser Frage äußern. Es liegt daher nahe, zu vermuten, dass die Einstellungen zur EU sehr stark von den vorhandenen Informationen und dem Wissensstand über die europäische Politik abhängig sind. Dies soll selbstverständlich nicht heißen, dass es nicht auch Kritik und Ablehnung gegenüber der EU gibt, die sich auf informierten Entscheidungen gründen.

Eine Ursache für die indifferenten Einstellungen liegt sicherlich im fehlenden **Wissen über die EU** und deren Politik. Die Jugendlichen schätzten ihre eigenen Kenntnisse über die EU eher gering ein. Sehr gut fühlen sich 2006 nur 2 % der Jugendlichen über die EU informiert, 27 % der EU Jugendlichen und 24% der deutschen Jugendlichen geben an, viel zu wissen. Über die Hälfte der EU-Jugendlichen und sogar 62 % der deutschen Jugendlichen glauben hingegen, nur ein wenig zu wissen. Immerhin 17 % der EU-Jugendlichen und 10 % der

deutschen Jugendlichen geben selbst zu, (fast) nichts über die EU zu wissen. Die Unterschiede zwischen den Altersgruppen fallen bei dieser Frage im EU-Durchschnitt nicht sehr groß aus.

*QA19: Sagen Sie mir bitte anhand einer Skala von 1-10, wie viel Sie Ihrer Meinung nach über die EU, ihre Politik und ihre Institutionen wissen. 1-2: Weiß (fast) nichts, 3-5: Weiß ein wenig, 6-8: weiß ziemlich viel, 9-10: weiß sehr viel*

#### Geschätztes Wissen über die EU



Konkrete Wissensfragen über die EU spiegeln das subjektiv empfundene Informationsdefizit wider. Nur etwa die Hälfte der Jugendlichen beantworteten im Frühjahr 2006 die Frage richtig, ob die EU aus 15 Mitgliedstaaten besteht. Richtig ist, dass die EU 2006 bereits 25 Mitgliedstaaten umfasste. Dies scheint zwei Jahr nach der EU-Osterweiterung immer noch nicht mehr in der Bevölkerung präsent zu sein. Auch am Beispiel der Budgetaufteilung des EU-Haushaltes zeigen sich die weit verbreiteten Vorurteile in der EU-Bevölkerung. Nur 31 % der deutschen Jugendlichen und 37 % der EU-Jugendlichen wussten, dass der Großteil des EU-Budget nicht für Verwaltung und Personalkosten verwandt wird.

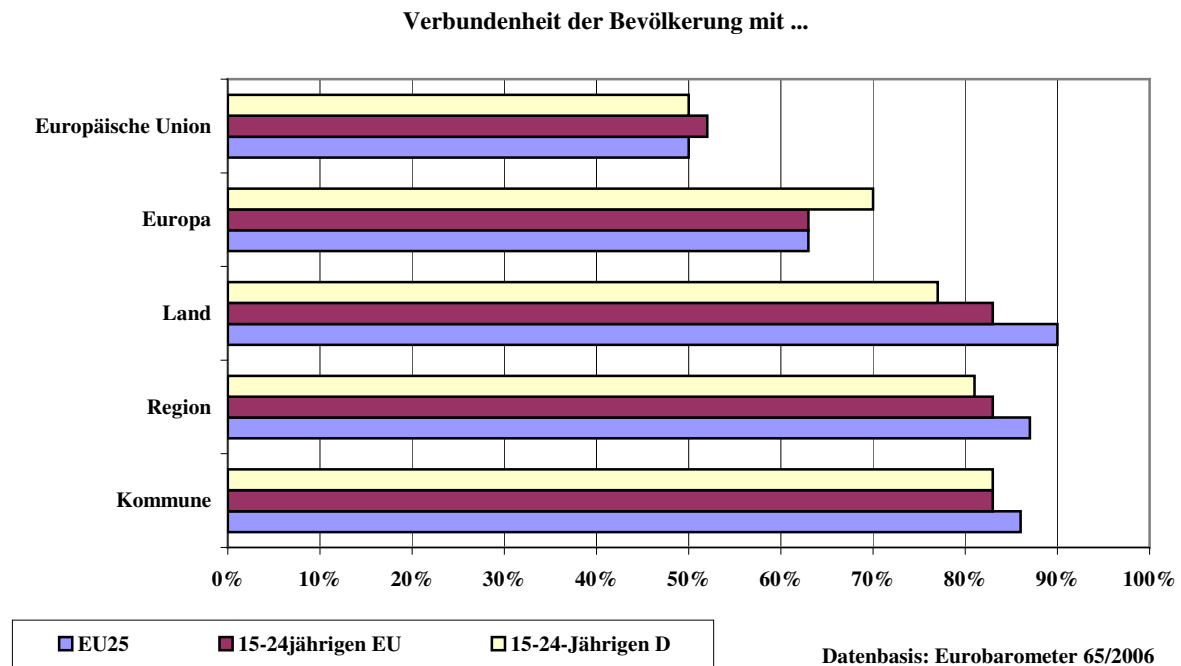
Bei einem so geringen Kenntnisstand über die EU stellt sich die Frage, inwieweit die Bevölkerung überhaupt eine stabile Basis für den europäischen Einigungsprozess darstellen kann. Im Sinne einer aktiven europäischen Bürgergesellschaft wäre sicherlich eine größere Informiertheit der Menschen und insbesondere auch der jungen Generation über die aktuelle europäische Politik und deren Grundlagen wünschenswert.

Entgegen dem allgemeinen Wissensdefizit zur EU hat eine Eurobarometer Befragung 2006 festgestellt, dass es durchaus ein erstaunlich hohes Interesse an EU-Angelegenheiten gibt.  $\frac{3}{4}$  der Jugendlichen ist der Auffassung, dass es für sie aus persönlichen und/oder beruflichen Gründen wichtig ist, über EU-Angelegenheiten informiert zu sein. Die wichtigsten Gründe für das Interesse bestehen in der Kenntnisnahme der Vorteile europäischer Politik. Die EU-Bevölkerung will darüber informiert sein, welche Rechte und Möglichkeiten als EU-Bürger bestehen sowie darüber informiert sein, was die EU-Institutionen für sie tun. EU-Wissen als Voraussetzung für die aktive Teilnahme an europäischer Politik wird hingegen erst nachrangig genannt. Die Mehrheit der Bevölkerung ist dabei der Auffassung, dass es Aufgabe der nationalen Regierungen ist, mehr Informationen über die Tätigkeit und die Auswirkung der EU auf den Alltag zur Verfügung zu stellen. Die Informationen zur EU sollten leicht verfügbar, in der jeweiligen Landessprache abgefasst, interessant formuliert sowie leicht verständlich sein. Vor allem hinsichtlich der Verständlichkeit wird noch größerer Bedarf gesehen.

Die Zustimmung zur Europäischen Union wird oft mit der Frage gemessen, ob die Bürgerinnen und Bürger eine **Verbundenheit mit Europa** spüren. Erstmals wurde 2006 bei dieser Frage zwischen Europa und der Europäischen Union differenziert. Nicht überraschend fühlen sich die Menschen in erster Linie mit ihrem Land verbunden und dann in ähnlichem Ausmaß mit ihrer Region und der Kommune, in der sie leben. Erst dann und mit deutlichem Abstand wird Europa genannt. An letzter Stelle folgt schließlich die Verbundenheit mit der Europäischen Union. Die Menschen scheinen bei dieser Frage deutlich zwischen Europa im weiteren Sinne, das ihnen näher steht und der EU im engeren Sinne, die für sie weiter entfernt ist, zu unterscheiden.

Die Zugehörigkeit zur EU wird zwar immerhin von der Hälfte der Bevölkerung als ein Bezugspunkt der eigenen Identität genannt. Allerdings geben auch deutlich über 40 % der Menschen an, sich nicht mit der EU verbunden zu fühlen. 47 % der Gesamtpopulation, 44 % der EU-Jugendlichen und 46 % der deutschen Jugendlichen fällt es offensichtlich schwer, einen Bezug zwischen dem eigenen Leben und der EU herzustellen, beziehungsweise die EU im Alltag wahrzunehmen. In einer Befragung der EU zur europäischen Kommunikationspolitik gaben nur  $\frac{1}{3}$  der jungen Menschen an, dass die EU erhebliche Auswirkungen auf ihren Alltag habe. Wenn die persönlichen Erfahrungen aber fehlen, bleibt die EU eine abstrakte Größe, die kaum anziehend wirkt.

QA35: Man kann sich ja unterschiedlich stark verbunden fühlen mit seinem Dorf oder seiner Stadt, seiner Region, seinem Land oder mit Europa. Sagen Sie mir bitte, wie stark Sie sich verbunden fühlen mit... (Antwortvorgaben: sehr verbunden, ziemlich verbunden (verbunden), nicht sehr verbunden, überhaupt nicht verbunden (nicht verbunden))

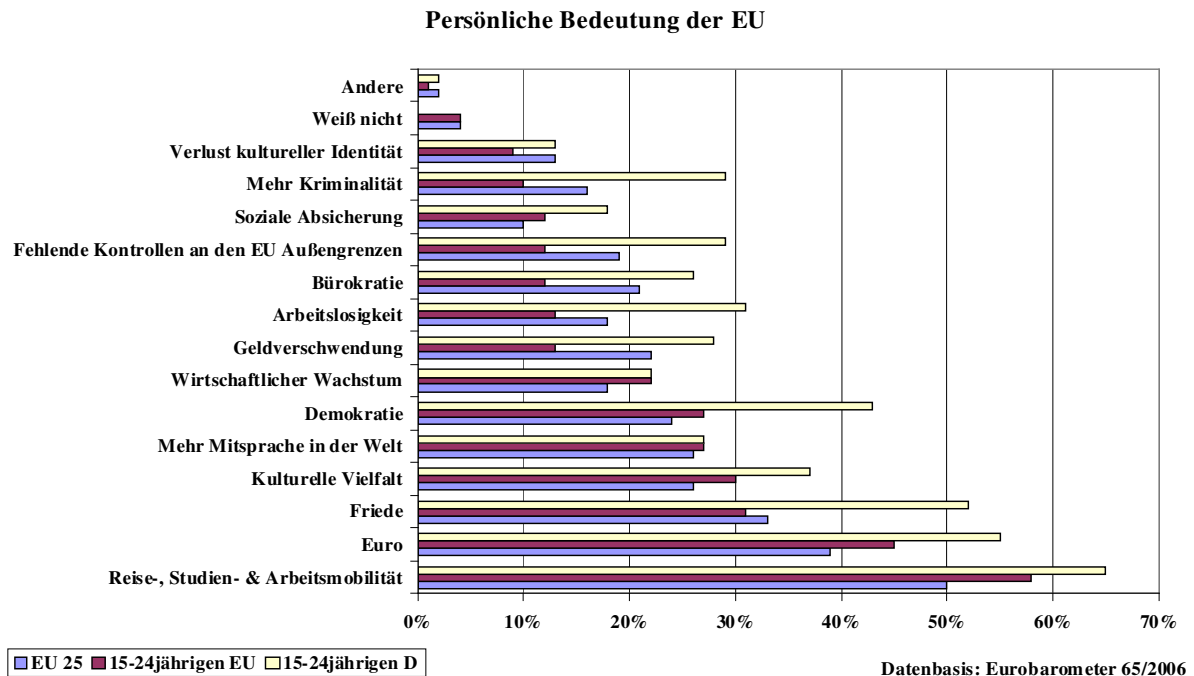


Was aber macht die **persönliche Bedeutung der EU** für ihre Bürgerinnen und Bürger aus? Mit eindeutigem Abstand wird bei der Frage, was die EU für sie persönlich bedeutet, die Reise-, Studien- und Arbeitsmobilität genannt. Die Hälfte der Gesamtbevölkerung, 58 % der EU-Jugendlichen und sogar 65 % der deutschen Jugendlichen sprechen sich für die Mobilität aus. Damit wird ein Politikbereich genannt, der direkt im Alltag erfahrbar und nachvollziehbar ist und von den Menschen als eine der wesentlichen Errungenschaften europäischer Politik eingestuft wird. Zwischen 45 und 30 % der EU-Jugendlichen nennen als weitere Bezugspunkte dann den Euro, Frieden und kulturelle Vielfalt. Ein Viertel der Jugendlichen verbindet mit der EU zudem mehr Mitsprache in der Welt, Demokratie und wirtschaftliches Wachstum. Von jungen Deutschen werden Mobilität, Euro, Friede, kulturelle Vielfalt und Demokratie vergleichsweise häufiger genannt als im EU-Durchschnitt.

Negative Aspekte werden hingegen nicht so häufig mit der EU in Verbindung gebracht. Geldverschwendung wird von 22 % der Gesamtbevölkerung, aber nur von 13 % der EU-Jugendlichen mit der EU assoziiert. Weitere Vorbehalte beziehen sich auf Bürokratie, Arbeitslosigkeit, fehlende Kontrollen an den EU-Außengrenzen sowie auf den Verlust kultureller Identität und machen zwischen 12 und 9 % der Nennungen aus. Bei deutschen

Jugendlichen werden negative Aspekte der EU allerdings vergleichsweise häufiger als bei ihren europäischen Altersgenossen genannt.

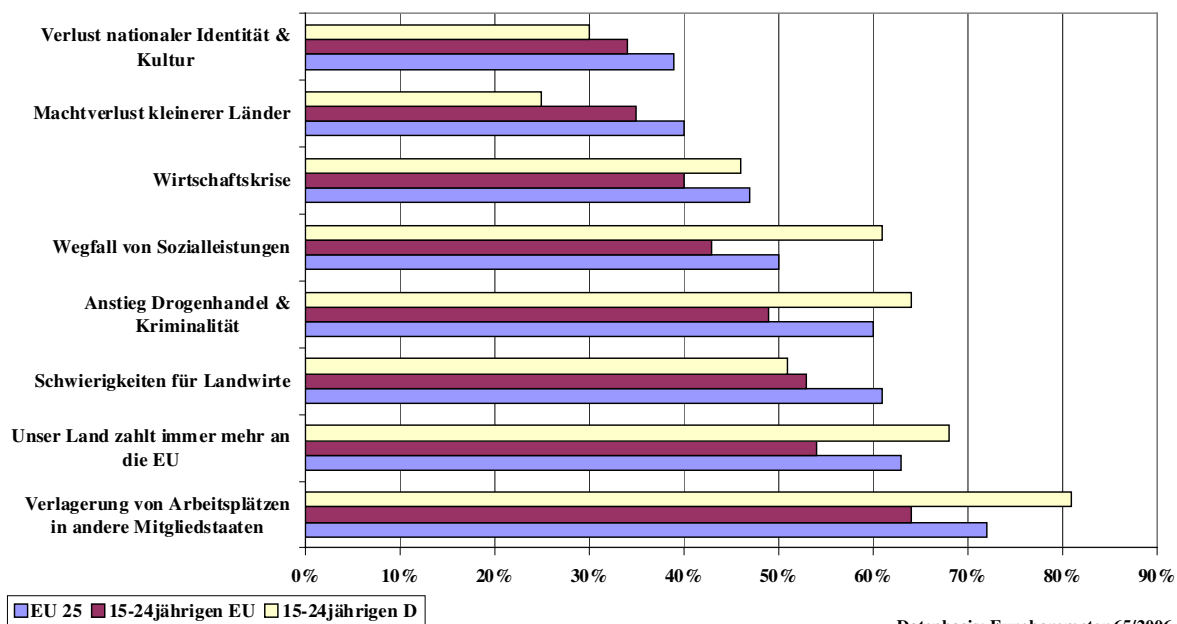
*QA14: Was bedeutet die EU für Sie persönlich?*



Im Hinblick auf konkrete **Ängste und Befürchtungen hinsichtlich der EU** werden von der Bevölkerung eine ganze Reihe von Entwicklungen genannt, die sie eher mit Sorge als mit Zuversicht verfolgen. So steht die Verlagerung von Arbeitsplätzen in andere Mitgliedsländer mit niedrigeren Produktionskosten an erster Stelle der Befürchtungen. 64 % der EU-Jugendlichen und sogar 81 % der deutschen Jugendlichen befürchten eine solche Entwicklung im Zusammenhang mit europäischer Politik. Hier zeigt sich die schwierige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland, die sich direkt auf die Zukunftsängste der Bevölkerung und deren Einstellungen in diesem Bereich auswirkt. Übermäßige Ängste deutscher Jugendlichen beziehen sich zudem auf die Netto-Zahler Position Deutschlands, den Anstieg von Drogenhandel und Kriminalität sowie den Wegfall von Sozialleistungen im Zusammenhang mit europäischer Politik.

*QA17: Wenn es um den Bau Europas, der EU, geht, haben manche Menschen vielleicht Ängste. Hier ist eine Liste mit Dingen, von denen einige sagen, dass sie davor Angst haben. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob sie persönlich davor Angst haben oder nicht*

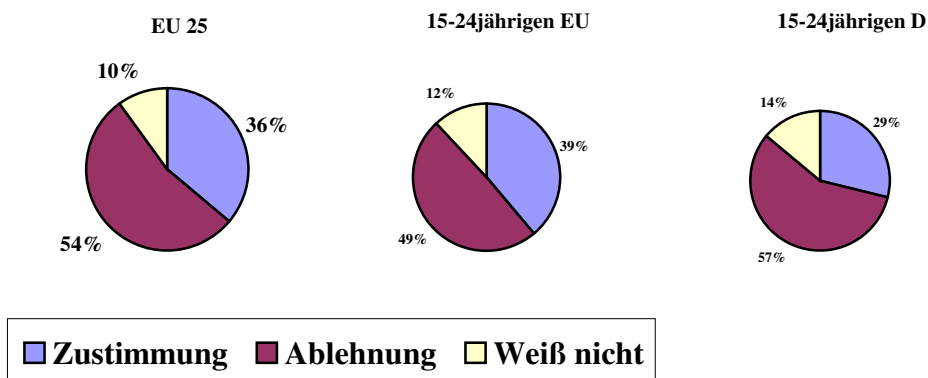
### Befürchtungen hinsichtlich der EU



Auch die Wahrnehmung der Mitwirkungsmöglichkeiten in der EU werden von der EU-Bevölkerung eher negativ eingestuft. 54 % der Gesamtpopulation, 49 % der EU-Jugendlichen und sogar 57 % der jungen Deutschen sind der Auffassung, dass ihre Stimme in der EU nicht zählt. Der überwiegende Teil der Jugendlichen macht damit deutlich, dass er seine Auffassungen und Forderungen in der EU nicht berücksichtigt sieht.

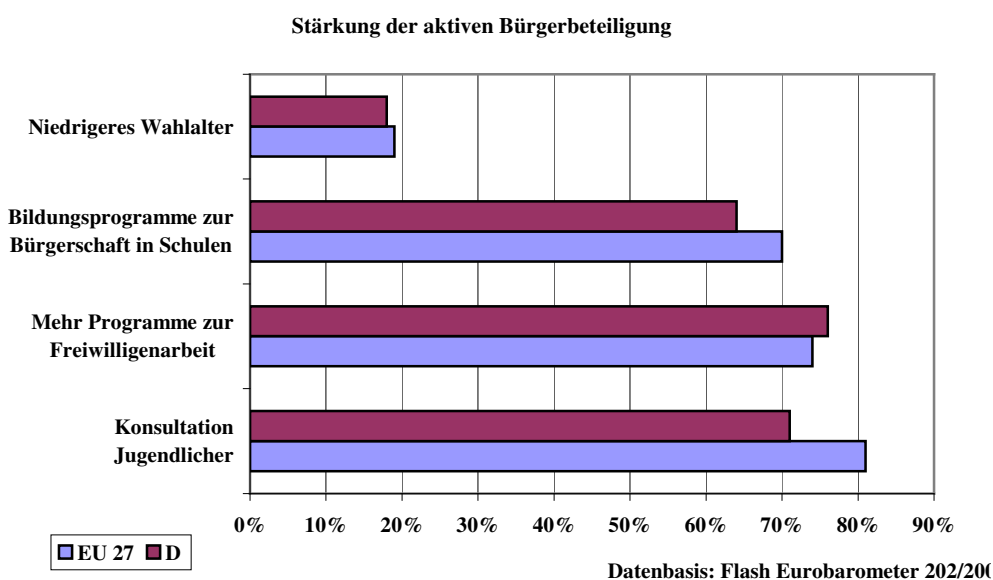
*Q15a: Sagen sie mir bitte, ob Sie der folgenden Aussage eher zustimmen oder diese eher ablehnen: Meine Stimme zählt in der EU*

### Gefühl, dass die eigene Stimme in der EU zählt



Diese negative Einschätzung der Möglichkeit zur Einflussnahme auf europäische Angelegenheiten wird zudem noch dadurch verstärkt, wie sich Jugendliche selbst eine aktive Mitwirkung in der Gesellschaft vorstellen beziehungsweise sich diesbezüglich eine Verbesserung wünschen würden. Befragt danach, welche Maßnahmen sie sich für eine Unterstützung der aktiven Beteiligung Jugendlicher in der Gesellschaft vorstellen könnten, gaben 81 % an, das junge Menschen angehört werden sollen, bevor Entscheidungen, die sie betreffen, gefällt werden. 74 % wünschen sich mehr Freiwilligenprogramme und 70 % entsprechende Bildungsprogramme zur Bürgerschaft in Schulen. Weniger als 20 % sehen die Herabsetzung des Wahlalters als einen möglichen Weg zur Stärkung der Jugendpartizipation an.

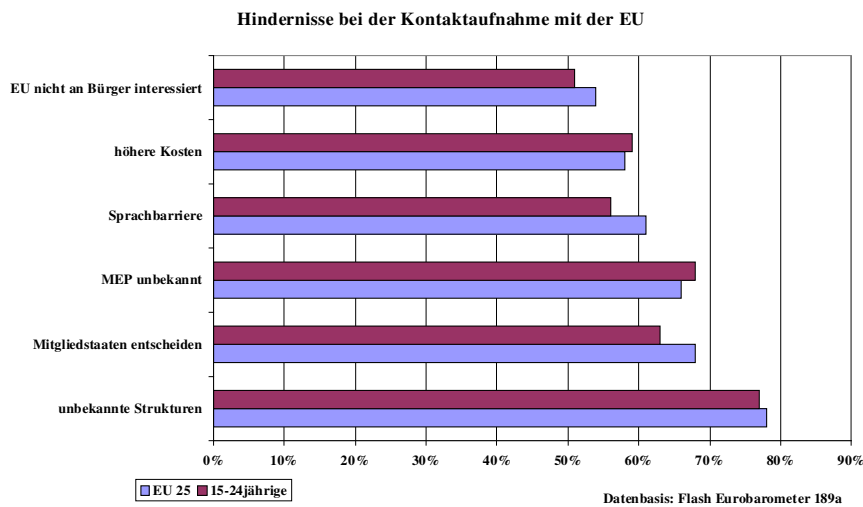
*Q9: Welche Maßnahmen wären für eine aktivere Beteiligung als Bürger in der Gesellschaft hilfreich?*



Im Hinblick auf die politische Beteiligung auf EU-Ebene besteht - abgesehen davon, dass insgesamt ein geringes Interesse an politischer Mitwirkung vorhanden ist- das Problem darin, dass 77 % der befragten Jugendlichen mit der Struktur der EU nicht sonderlich vertraut sind und deshalb auch nicht wissen, an wen sie sich bei entsprechenden Fragen oder Problemen wenden sollen. 2/3 der Europäer sind zudem der Auffassung, dass sowieso die Mitgliedstaaten entscheiden und deshalb auch bei EU-Angelegenheiten eher die nationalen Regierungen kontaktieren. Rund 2/3 der EU-Bürgerinnen und Bürger kennt zudem ihre Abgeordnete im EP nicht. Dass die EU kein Interesse an der Meinung der Bevölkerung hat, wird zwar noch von der Hälfte der Befragten, aber vergleichsweise wenig genannt.



*Q11: Es gibt verschiedene Hindernisse und Gründe, die Leute nennen, wenn sie gefragt werden, warum sie die EU bei EU-Angelegenheiten nicht direkt kontaktieren. Welches sind für sie die wichtigsten Gründe, die sie davon abhalten, die verantwortlichen EU-Behörden direkt zu kontaktieren?*



Die Einstellungsdaten machen die Notwendigkeit deutlich, dass sich die EU und ihre Mitgliedsländer aktiv um das Verständnis, die Unterstützung und Mitwirkung ihrer Bevölkerung kümmern. Es gilt, den Dialog zwischen der EU und den in ihr lebenden Bürgerinnen und Bürgern neu zu gestalten und so eine tragfähige Basis für eine lebendige europäische Bürgergesellschaft zu schaffen

Die vieler Orts geforderte aktive europäische Bürgergesellschaft und rege Partizipation in Europa ist anscheinend noch weit von den tatsächlichen Möglichkeiten und deren Wahrnehmung in der Bevölkerung entfernt. Hier besteht erheblicher Handlungsbedarf, dem es im Rahmen einer europäisch orientierten Jugend- und Bildungsarbeit zu begegnen gilt.